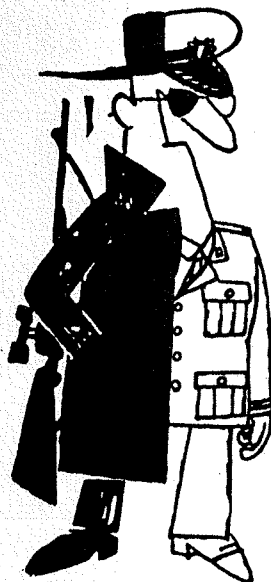




6 JAHR • PREIS: 3 DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKIE - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 •
V.i.s.d.p. und AUSKUNFTE IN DEUTSCH: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1 (0211) 325759

GOLDENE JAHRE FÜR DEN MILITÄRINDUSTRIE-KOMPLEX IN DER TÜRKIE



Nicht nur die „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“, sondern auch die Stärkung der Stellung des Militärs im Lande gehörte zu den erklärten Zielen des Nationalen Sicherheitsrates, der am 12. September 1980 durch einen Staatsstreich an die Macht kam.

Nach einer zweijährigen Phase der Unterdrückung nimmt die fünfköpfige Militärjunta jetzt für sich in Anspruch, „Recht und Ordnung“ bereits wiederhergestellt zu haben und jetzt zu einem „parlamentarischen System“ in der Türkei zurückkehren zu wollen.

Es ist wohl wahr, daß „Recht und Ordnung“ augenscheinlich wiederhergestellt sind, allerdings auf Kosten von mehr als 200 000 Inhaftierten und um den Preis von brutalen Folterungen, Menschenverfolgungen, Aufhebung aller menschlichen, gesellschaftlichen und politischen Rechte... Immer noch laufen Gerichtsverhandlungen gegen mehr als 50 000 fortschrittlich eingestellte Menschen vor Militärgerichten, droht mehr als 4 000 von ihnen die Todesstrafe... 15 sind bereits hingerichtet worden!

Was für ein „parlamentarisches Regime“ soll nach einem derartigen Blutbad wohl errichtet werden? Die Presseberichte, die Bezug nehmen auf die Vorbereitungen für die neue Verfassung, weisen es als ein autoritäres „bürgerliches“ Regime aus, dessen Fäden wiederum das Militär in Händen hält.

Was die Stärkung der Militärmacht betrifft, so schätzt die Armeespitze nach einem Zeitraum von weniger als 2 Jahren ihre Lage als „zufriedenstellend und angenehm“ ein, wobei sie alle finanziellen und materiellen Möglichkeiten des Staates sich nutzbar macht und die menschliche Arbeitskraft, die keine Möglichkeit der Selbstverteidigung in Form von Tarif- und Streikrecht hat, ausbeutet.

Stärkung der militärischen Macht... Dies ist in der Tat nicht nur eine Angelegenheit der Armeeführung. Hinter ihr stehen die USA und das türkische Finanzkapital.

Bald nach dem Staatsstreich der Militärs wurde am 17. Oktober 1980 im Anschluß an türkisch-amerikanische Gespräche auf höchster Ebene ein Kommuniqué in Ankara veröffentlicht, das lautete: „Die Gespräche, die in einer freundlichen Atmosphäre verliefen, gaben einen deutlichen Hinweis auf die Aussichten für die Entwicklung der türkischen Verteidigungsindustrie durch beiderseitige Bemühungen, die auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene zu verstärkter Zusammenarbeit beitragen werden, insbesondere im Rahmen des NATO-Bündnisses.“ (Vgl. das Bulletin von Oktober 1980).

Die Tageszeitung „Cumhuriyet“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 17. September 1980, daß „nach der Machtübernahme durch die Militärs die Bemühungen um Schaffung eines eigenen Rüstungsindustriekomplexes unter Beteiligung öffentlicher wie privater Sektoren intensiviert worden sind. Ziel dieses Industriezweiges ist der Aufbau eines Militärappartees sowie der Export von qualitativ gutem Stahl, Ergänzungsstromkreisen und Gußwaren.“

Es ist klar, daß die Schaffung einer derartigen Kriegsindustrie eine fortgeschrittene Technologie voraussetzt sowie eine hohe Kapitalakkumulation und qualifiziertes Personal.

Wegen dieses technologischen Transfers finden immer noch Gespräche auf höchster Ebene statt zwischen amerikanischen und türkischen Delegationen; bei einigen Technologien hat ein Transfer bereits stattgefunden.

Qualifiziertes Personal gibt es in der Türkei bereits; hinzu kommt, daß es seit dem Staatsstreich möglich ist, dieses bei sehr geringem Lohn zu beschäftigen.

Was die Akkumulation des Kapitals betrifft, so hat dieser aus großen Konzernen und Armeeeoffizieren bestehende Militärindustriekomplex innerhalb von knapp zwei Jahren bereits wichtige Schritte hierzu unternommen.

Das Jahr 1981 bedeutete ein „goldenes Jahr“ für das Monopolkapital, dessen Profitrate 200 bis 300 Prozent betrug. (Vgl. Bulletin vom Mai 1982)

Auf der Seite des Militärs existieren ein Fonds und drei Stiftungen.

OYAK (Gegenseitiger Hilfsfonds der Streitkräfte) wurde vor 20 Jahren mit den Beiträgen der Armeeeoffiziere und Feldwebel ins Leben gerufen mit dem augenscheinlichen Ziel der Gewährung von sozialer Unterstützung. Die einbehaltenen 5 % vom Gehalt der Offiziere und Feldwebel, die im Jahr etwa 20 Mill. Dollar ausmachen, gaben der Armeeführung die Möglichkeit, über die vorgesehenen sozialen Leistungen hinaus, Vermögen in Industrie- und Handelseinrichtungen zu investieren. Aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit Auslandsfirmen wie Int. Harvester, Renault, Goodyear und Mobil auf Gebieten der Petrochemie, Konservenindustrie und Reifen- und Automobilherstellung ist es der OYAK innerhalb kürzester Zeit gelungen, zu einem Mammutkonzern zu werden, dessen Aktiva 1980 die Summe von 35 Mill. US-Dollar erreichte.

Seit dem Militärcoup hat sich diese Summe auf 57 Mill. Dollar vergrößert.

Am 29. Mai dieses Jahres fand in Ankara die Jahresversammlung der OYAK statt, auf der die Armeeführung die gegenwärtige Situation der OYAK als „zufriedenstellend und angenehm“ bezeichnete.

Der ehemalige General Hasan Görmüş, Aufsichtsratsvorsitzender, sagte, auch der Umfang der Sozialhilfe habe sich nach der Machtübernahme durch die Militärs vergrößert: „Unser Vermögen hat im Jahre 1982 die Höhe von 8 563 Mill. TL erreicht (gegenüber 4 600 im Jahre 1980). Unsere Anteile bei verschiedenen Unternehmen liegen gegenwärtig bei 2 603 Mill. TL; sie brachten uns 1981 Gewinne in Höhe von 1 889 Mill. TL. Wir haben unseren Mitgliedern Sozialhilfe gewährt in Höhe von 1 832 Mill. TL (bezogen auf die letzten 3 Jahre). Die Summe für Baukredite hat sich auf 600 000 TL pro Mitglied erhöht.“

Außer der OYAK gibt es für den Militärbedarf produzierenden Sektor noch drei Stiftungen, die durch militärische und zivile Zusammenarbeit zustande gekommen sind in der Absicht, Geld aus der Öffentlichkeit zu bekommen für die Kriegsindustrie. Die bedeutendste ist die HGGV (Stiftung zur Stärkung der Luftwaffe). Ende 1980 konnte sie einen Vermögensstand von 2000 Mill. TL aufweisen. Ihr gehören 45% der Anteile der TUSAS (Flugzeugbau), die gegründet worden ist, um die türkische Luftwaffe zu modernisieren und neue Kampfflugzeuge zu bauen. Auf dem HGGV-Kongreß in Ankara am 7. Mai 1982 sagte Luftwaffenkommandeur und NSR-Mitglied General Tahsin Sahinkaya: „Wir haben den letzten Abschnitt der Vorbereitungen zur Errichtung einer eigenen Flugzeugindustrie erreicht.“ TUSAS-Direktor Samim Dilek gab am 17. Mai bekannt, daß der Generalstabschef sich bereits für die Kampfflugzeuge F-16 und F/A-18 entschieden habe, wobei insgesamt 9 Modelle von 6 verschiedenen Herstellern zur Auswahl gestanden hätten. Beide Modelle, die also in Zukunft in der Türkei gebaut werden sollen, sind amerikanischen Ursprungs: Die F-16 gehört zu General Dynamics, die F/A-18 stammt von Northrop.

Um die Einzelteile produzieren zu können, wird die türkische Luftwaffenindustrie mit 170 einheimischen Firmen zusammenarbeiten. Die HGGV beabsichtigt außerdem die Produktion von fotografischem Material (Filme und Papier) für Aufklärungs- und Erkundungsflüge der Luftwaffe.

Die KGGV, eine Stiftung zur Verstärkung der Landstreitkräfte, wurde später ins Leben gerufen, hat aber einen erheblichen Aufschwung zu verzeichnen. Auf ihrem Kongreß sagte das NSR-Mitglied und Kommandant der Armee, General Nurettin Ersin, daß das Vermögen der Stiftung von 400 Mill. TL im Jahre 1980 auf 3 578 Mill. in diesem Jahr angewachsen sei, was bedeutet, daß seit der militärischen Intervention die Spenden um ein Achtfaches gestiegen sind. General Ersin behauptete, im Laufe von knapp zwei Jahren hätten etwa 5 1/2 Millionen Menschen Geld für diese Stiftung gespendet. Besonders bei den in Europa lebenden Türken haben die diplomatischen Vertretungen eine große Sammelaktion ins Leben gerufen, die allein in der Bundesrepublik, Belgien und Holland 2 Mill. DM ergeben hätten. Der KGGV gehören Investmentanteile in vielen Unternehmen; außerdem hat sie ASELSAN gegründet zur Herstellung von Elektroteilen und drahtloser Ausrüstung sowie ASPILSAN zum Bau von Batterien für militärische Ausrüstung. ASELSAN wird außerdem Ersatzteile für die F-16 und F/A-18 herstellen können; diesbezüglich wurde im April 1982 mit der US-Aktiengesellschaft Aydin ein Vertrag abgeschlossen.

Außerdem gibt es noch die Stiftung zur Stärkung der türkischen Seemacht, DKGV, die ihre Spendengelder in neue Schiffe für die Marine steckt. Mit den Geldern von in Deutschland lebenden türkischen Arbeitern konnten zwei Schnellbote konstruiert werden mit dem Namen Gurbet (Exil) I und II. Seit kurzem läßt die DKGV in der türkischen Marine werft ein U-Boot bauen. Außerdem hat sie einen 15%igen Anteil an der NETAS, einer Gesellschaft, die Ausrüstungen für Telekommunikation herstellt.

In diesem Prozeß des Aufbaus einer eigenen Rüstungsindustrie sind die USA und die Bundesrepublik Deutschland die engsten Partner. Außenminister Haig hat während seines Aufenthalts in Ankara Gespräche über Verkauf und Herstellung von etwa 300 amerikanischen Kampfflugzeugen geführt, die im nächsten Jahrzehnt die türkische Luftwaffe modernisieren sollen. Wie bereits ausgeführt, wollen die türkischen Machthaber zwei Typen im eigenen Lande produzieren, was für einen Zeitraum von 10 Jahren einen finanziellen Einsatz von 5 000 Mill. US-Dollar bedeutet.

Der Kommandant der türkischen Luftwaffe, General Sahinkaya, erklärte am 15. Mai im Anschluß an seinen Besuch in der Bundesrepublik, die Türkei würde aus Deutschland 120 F-104 und 77 Panzer vom Typ Leopard (bis Ende 1983) erhalten.

Einem Pressebericht vom 28. Mai zufolge, sollen in der Türkei, und zwar in der zentralanatolischen Provinz Konya, mit dem AWACS-Frühwarnsystem ausgerüstete Flugzeuge stationiert werden, die an der östlichen Grenze der NATO den türkischen Luftraum, das Schwarze Meer, die Ägais und das Mittelmeer unter Kontrolle halten sollen.

(Weitere Informationen cf. INFO-TÜRK Juli/August 1978; Sept. 1980; Okt. 1980; außerdem die von INFO-TÜRK herausgegebene Broschüre „Amerikanische Interessen an der Türkei“.)

AUS DER POLITIK

„REFERENDUM UND POLITISCHE GRUPPEN“

Die offizielle türkische Nachrichtenagentur AA berichtete am 11. Juni, daß bis spätestens 14. November ein Referendum durchgeführt würde, bei dem schätzungsweise 23 Millionen türkische Bürger über 21 aufgefordert werden, durch „Ja“ oder „Nein“ ihrer Ansicht über die neue Verfassung Ausdruck zu verleihen.

Dies ist ein Wendepunkt im Zeitplan zur „Wiederherstellung der Demokratie“ in der Türkei. Wie schon früher berichtet, hat die Beratende Versammlung innerhalb des von General Evren abgesteckten Rahmens einen neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet; diese Arbeit soll im Juli beendet sein. In den Plenarsitzungen soll der Entwurf im August diskutiert und dann dem Nationalen Sicherheitsrat im September zur Ratifizierung vorgelegt werden. Die fünfköpfige Militärjunta wird diesen Entwurf überprüfen und ihn dann einem Referendum unterziehen.

Die türkischen Zeitungen berichten, die Verfassungskommission unter Vorsitz von Prof. Orhan Aldikacti habe bereits viele Artikel der neuen Verfassung zu Papier gebracht, darunter auch diejenigen, die der Exekutive mehr Macht einräumen als der Legislative, die dem Präsidenten ausgedehntere Kompetenzen zugestehen und die sozialen und politischen Rechte beschneiden. Die Tageszeitung „Milliyet“ wies in ihrer Ausgabe vom 15. Mai darauf hin, daß der Entwurf zeitweilig eine Bestimmung enthalten solle, in der General Evren zum ersten Präsidenten der Republik ernannt würde.

Die Verfassungskommission verhält sich genau so, wie die 5 Generäle es sich vorstellen; bei der 160 Mitglieder zählenden Versammlung wird es allerdings wohl einige Schwierigkeiten geben, obwohl alle Mitglieder vom NSR ernannt worden sind. Einige von ihnen haben bereits einen kritischen Standpunkt eingenommen, unter dem Druck der öffentlichen Meinung oder aus subjektiven Gründen. Das erste Mal wurde dies deutlich, als es um die Ratifizierung einiger Todesurteile ging; ein Höhepunkt zeigte sich bei der Diskussion über die Boden- und Landwirtschaftsreform und auch über den Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform. Diejenigen Mitglieder, die sich gegen die geheime Abstimmung über die Todesstrafe aussprachen, die für eine radikale Reform in der Landwirtschaft eintraten oder die die Bürokratie kritisierten, sind immer klassifiziert worden als „Sozialdemokraten“ oder „Radikale“.

Die Militärjunta hat Angst davor, daß diese „schwarzen Schafe“ sich auch vielen Artikeln der neuen Verfassung widersetzen. Um lange und unangenehme Debatten zu verhindern, haben sich die Mitglieder des NSR mit ihren Ja-Sagern zusammen ein neues Spiel einfallen lassen, dessen Spielregeln zu lesen sind in dem Bericht des „Milliyet“ vom 4. Juni: „Aldikacti und etwa 75 Mitglieder der Beratenden Versammlung hätten eine politische Gruppe gebildet unter der Bezeichnung „Atatürkistische Liberale“.

Obwohl einige Zeitungen darüber berichten, daß diese „Atatürkistischen Liberalen“ ebenso wie die „Sozialdemokraten“ und „Radikalen“ den Kern neuer politischer Parteien bilden, handelt es sich dabei um gutgemachte Spekulationen, die nur das wahre Ziel dieser Initiative verschleiern sollen. Natürlich werden sich nach der Annahme der neuen Verfassung und des Gesetzentwurfes bezüglich politischer Parteien innerhalb des von der Junta abgesteckten Rahmens neue Parteien bilden. Da den früheren Parteivorsitzenden jegliche politische Aktivität verboten worden ist, wird die Initiative zur Parteineugründung von jenen ausgehen. Und dazu werden auch „ausgewählte“ Mitglieder der Beratenden Versammlung gehören, jedoch ist dieses alles eine Aufgabe für die Zeit nach dem Referendum.

Das tatsächlich hinter den geheimen Treffen der Atatürkisten stehende Motiv ist im nachhinein von Prof. Aldikacti selber benannt worden: „Ich werde keine politische Partei bilden; mein Ziel ist es vielmehr, den Prozeß der Ratifizierung der neuen Verfassung durch die Beratende Versammlung zu beschleunigen, ohne nicht endende Debatten...“.

Das heißt also, diese Initiative zielt ab auf Mehrheitsbildung in der Versammlung, die dann entsprechend den Vorstellungen der Junta und nach der Formulierung der Kommission jeden Artikel des Entwurfs annimmt. Es existieren Gerüchte darüber, daß denjenigen, die entsprechend den Vorstellungen der „Atatürkistischen Liberalen“ in einem zukünftigen Parlament ein Sitz versprochen werden soll.

Die zweite große Sorge des Militärs besteht darin, wie das Referendum ausgeht: Ob die Beteiligung zu gering sein wird oder gar allzu viele mit „Nein“ stimmen. Die erste Gegenmaßnahme sieht so aus, daß alle Wahlberechtigten neu registriert werden sollen. Die neue Liste soll so gestaltet werden, daß fortschrittlich eingestellte Menschen nicht frei wählen können.

Außerdem hat General Evren eine Propagandakampagne in die Wege geleitet, in deren Verlauf er mehrere Städte und Dörfer besuchen wird, groß aufgemacht mit Feiern und Empfängen für Delegationen verschiedenster Institutionen. Dies wird dann in Funk und Fernsehen übertragen und in den Zeitungen zu lesen sein, so daß der General als volksnahes, „beliebtes“ Staatsoberhaupt erscheint und die von ihm gewollte Verfassung als „annehmbar“.

Diese propagandistischen Aktivitäten dürften kaum zu einer Billigung des Verfassungsentwurfs durch die breite Masse führen. Es kann sein, daß Millionen von Wählern mit „Nein“ stimmen, nicht nur um ihrer Mißbilligung des Verfassungsentwurfs zur Schaffung eines bürgerlich-

autoritären Systems Ausdruck zu verleihen, sondern auch, um zugleich damit zu protestieren gegen die Unterdrückung und die unzulänglichen Lebensbedingungen in der Türkei.

Vielleicht erheben ja sogar schon vorher, bei der Abstimmung am 14. November, einige Leute in der Beratenden Versammlung ihre Hände gegen diese Verfassung, um so den Protest des leidenden Volkes zum Ausdruck zu bringen!

Was immer sich die Militärs an Maßnahmen einfallen lassen, der kommende heiße Sommer wird noch einige Überraschungen auf Lager haben – für die Militärjunta wie auch für die Weltöffentlichkeit.

STAATSTERROR

EHEMALIGE PARLAMENTARIER DÜRFEN LAND NICHT VERLASSEN

Die Militärbehörden haben 133 ehemaligen Abgeordneten der Republikanischen Volkspartei CHP das Verlassen des Landes untersagt, bis die gegen sie eingeleiteten Untersuchungen abgeschlossen sind. Der militärische Ankläger in Istanbul hatte dies gefordert, weil er die Kontakte zwischen CHP und dem inzwischen verbotenen türkischen Friedenskomitee untersuchen will.

ECEVIT FREIGELASSEN, JEDOCH BALD ZWEITER PROZESS

Der Ex-Premier, der seit 10. April im Gefängnis war, befindet sich seit dem 3. Juni aufgrund der Anweisung des Militärrichters wieder auf freiem Fuß. Nach dem ersten Teil der Verhandlung gegen ihn wegen eines in Norwegen veröffentlichten Interviews wird jetzt noch vor einem anderen Militärgericht gegen ihn ermittelt wegen Verletzung des Verbots, öffentlich politische Stellungnahmen abzugeben, wie er es in einem Artikel für den SPIEGEL getan hatte.

TIP-VERTEIDIGUNG: „WIR SIND KEINE MARXISTEN-LENINISTEN“

Am 14. Mai begann in Istanbul erneut der Prozeß gegen die Türkische Arbeiter Partei TIP mit der Befragung der Parteigründer und Vorstandsmitglieder. Alp Selek, Hauptangeklagter in dem Prozeß, wies die Behauptung des Anwalts zurück, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein, die illegalen Aktivitäten nachgehe; vielmehr habe sich die Partei in ihrem Handeln immer auf dem Boden des Gesetzes befunden und wollte niemals eine kommunistische Ordnung errichten.

HAUPTAMTLICHE VON 13 VEREINIGUNGEN VOR RICHTER

Die Vorsitzenden von 13 demokratischen Vereinigungen stehen seit dem 2. Mai in Ankara vor Gericht wegen einer im Jahre 1977 herausgegebenen gemeinsamen Erklärung, wobei Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr beantragt sind.

KONGRESS DER TÜRKISCHEN ADVOKATENVEREINIGUNG

Die Jahresversammlung des Verbandes der türkischen Advokatenvereinigungen fand am 14. Mai in Zonguldak statt. Die Delegierten kritisierten die Unterdrückung des

Rechtes auf Verteidigung bei den Militärgerichtshöfen. Dazu erklärte der Vorstand, sich bereits dreimal wegen derartiger antidemokratischer Praktiken an General Evren gewandt zu haben. Am Ende wurde eine Resolution angenommen, in der die Beendigung der Todesstrafe und Folterpraktiken gefordert wurde sowie die Achtung des Rechtes auf Verteidigung. Attila Sav wurde wieder zum Vorsitzenden gewählt.

BALD BEGINN DES PROZESSES GEGEN TÜRKISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Am 24. Mai gab der militärische Ankläger in Ankara bekannt, daß die Anklageschrift gegen die 30 Mitglieder des Vorstandes des türkischen Friedenskomitees, von denen sich 25 seit Ende Februar in Haft befinden, fertiggestellt sei. Für die Angeklagten sind Gefängnisstrafen bis zu 30 Jahren beantragt worden wegen „Bildens einer illegalen Vereinigung“, „Propaganda für Kommunismus und Separatismus“ und „Verbreitung von Nachrichten, die das Ansehen der Türkei im Ausland schädigen“. Zu den Angeklagten gehören der frühere Botschafter Mahmut Dikerdem, der Vorsitzende des Komitees, Orhan Apaydim, Vorsitzender auch der Istanbul Advokatenvereinigung, sowie Erdal Atabek, Vorsitzender des Ärztebundes.

UNREGELMÄSSIGKEITEN BEIM VERHÖR VON BASTÜRK

Die Befragung des DISK-Vorsitzenden Bastürk vor Gericht glich eher einer Inquisition. Trotz Mangels an Beweisen versuchte der Militärrichter, durch verwirrende Fragen widersprüchliche Aussagen zu erhalten. Als der Verteidiger Ercüment Tahiroglu am 30. April gegen diese Haltung des Anklägers Widerspruch einlegte, wurde er aus dem Gerichtssaal entfernt. Am 12. Mai erhob Bastürk den Vorwurf, seine Aussagen würden nicht korrekt aufgeschrieben; seiner Bitte auf Genehmigung eines Protokollanten wurde nicht entsprochen.

GENERALSTABSBERICHT ÜBER STAATLICHEN TERROR

In dem Bericht des Generalstabs über Prozesse vor Kriegsgerichten wird angegeben, daß seit dem 12. September 1980 die Gesamtzahl der Angeklagten etwa 43 140 beträgt. In eben diesem Zeitraum (bis Februar 1982) kam es zu 6 492 Zwischenfällen, von denen 3 718 von linken Gruppen provoziert worden sein sollen, 177 von militanten Kurden und 125 von Rechten. 2 452 Zwischenfälle sind noch nicht aufgeklärt. 466 Menschen kamen insgesamt ums Leben. Im Bericht wird auch dargestellt, daß zu den Angeklagten 32 Journalisten gehören, 221 Gewerkschaftsfunktionäre und 325 hauptamtliche Mitarbeiter in anderen Vereinigungen und Organisationen. 7 662 Personen werden noch von den Behörden gesucht. Von den zu einem Verhör Geladenen sind mehr als die Hälfte über 25 Jahre, 20 % sind arbeitslos, 23 % studieren. Die Sicherheitskräfte haben in ihren Einsätzen 614 500 Feuerwaffen sichergestellt; 60 171 Waffen wurden von den Bürgern freiwillig abgegeben.

MENSCHENVERFOLGUNG AM 1. MAI

Zum 4. Mal seit 1978 durfte der 1. Mai nicht gefeiert werden. Die Militärs haben 1981 sogar beschlossen, den 1. Mai umzuwandeln in einen gewöhnlichen Arbeitstag.

Trotzdem widersetzten sich in zahlreichen Städten die Arbeiter dem Verbot und bemalten auch die Wände mit Anti-Junta-Parolen. Einer dieser Gruppen wurde aufgelauert, wobei die Istanbuler Sicherheitskräfte ein Dev-Yol-Mitglied erschossen.

Am 17. Mai töteten im Hinterhalt wartende Polizisten, wiederum in Istanbul, ein junges Mädchen.

Die Polizei gibt an, im Laufe des Monats Mai 39 Mitglieder der PKK verhaftet zu haben und 12 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei, 16 von der Dev-Sol in Malatya, 18 HDO-Mitglieder in Kars, 30 von der TKP in Ankara, 27 von der TDKP und von der Dev-Yol ebenfalls in Ankara und 49 Linke in Adana.

Außerdem wurde am 29. Mai in Istanbul der deutsche Tourist Manfred Ruhl gefangengenommen, weil er eine türkische Flagge zerrissen haben soll.

EINE WEITERE HINRICHTUNG SOWIE 109 ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Der rechtsextreme Terrorist Cengiz Baktemur ist am 1. Mai in Elazig vom Militär hingerichtet worden wegen politischer Morde. Das ist das 16. Mal seit der Machtergreifung durch die Militärs, daß eine Todesstrafe vollzogen worden ist.

Bei neuen Prozessen ist im Laufe des Monats Mai 109 mal gegen politisch Aktive das Todesurteil verkündet worden, was zu einer Gesamtzahl von 4 585 Todesurteilen führt.

In der folgenden Liste ist die Anzahl der Anträge auf Todesstrafe in Klammern angeführt, unmittelbar hinter der Zahl der Angeklagten.

- PKK (Arbeiterpartei Kurdistans): Am 3.5. in Elazig 136 (24)
- PKK und TKSP (Sozialistische Partei Kurdistans): Am 28.5. in Erzurum 169 (37)
- Dev-Yol: Am 7.5. in Izmir 26 (5); 14.5.: 54 (5); 14.5. in Ankara 4 (1);
- Kurtulus (Befreiung): Am 7.5. in Izmir 5 (3); 23.5. in Istanbul 108 (14)
- PIM (Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit): Am 6.5. in Istanbul 7 (1)
- MLSPB (Einheit M-L Propaganda): Am 26.5. in Istanbul 6 (6)
- UGD (Idealist. Jugend-Vereinigung): Am 19.5. in Izmir 30 (13)
- IGD (Vereinigung der Fortschrittlichen Jugend): Am 15.5. in Ankara 12 (—)
- PY (Partisanenweg): Am 7.5. in Istanbul 5 (—)
- Dev-Sol (Revolutionäre Linke): Am 6.5. in Ankara 20 (—).

Im selben Monat sind in Adana 16 Menschen zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen „Zugehörigkeit zur TKP“.

Am 10. Mai wurden in Erzincan 18 Menschen zu Freiheitsstrafen verurteilt und einer zum Tode. An demselben Tag wurden in Istanbul 5 Angeklagte zu jeweils 5 Jahren Gefängnis verurteilt wegen ihrer Zugehörigkeit zur YDGD (Patriotische Vereinigung der Revolutionären Jugend).

Am 15. Mai sind 8 Dev-Sol-Mitglieder in Ankara zu insgesamt 60 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden und zwei Linksextreme in Konya zu jeweils 18 Jahren.

FOLTER-BESCHULDIGUNGEN

Süleyman Coskun, Zehra Ceyrek, Sevim Cangör, Osman Pehlivan und Ali Kilic, Angeklagte im TKP-Prozeß, erklärten vor dem Militärgericht, daß sie während ihres Verhörs im Polizeizentrum Folterungen unterworfen wurden. (C-5., 8. und 11.5.)

Im TKP/B-Prozeß in Ankara ist ans Tageslicht gekommen, daß 2 Polizisten, Omer Bülbül und Kenan, die mit der Befragung der Angeklagten beauftragt waren, früher bereits einmal zu 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren wegen Belästigungen. Die Angeklagten erklärten auch, daß sie von besagten Polizisten gefoltert worden seien. (C-19./20.5.)

Die Angeklagten im Dev-Sol-Prozeß in Istanbul weigerten sich, Angaben zur Person zu machen, um damit auf die schlechte Behandlung im Militärgefängnis von Metris aufmerksam zu machen. Außerdem haben in demselben Gefängnis etwa 1 000 Gefangene einen Hungerstreik begonnen, dem sich auch die Angehörigen einiger Inhaftierter angeschlossen haben. (T-13.5.)

Der türkische Armee-Generalstab gab bekannt, daß bis zum 28. April 1982 283 Folter-Vorwürfe an die Kriegsverfahrensbahörden weitergegeben worden seien, von denen 125 als grundlos abgewiesen und 37 zu weiteren Ermittlungen an die Gerichte weitergeleitet worden seien. (C-9.5.)

REPRESSIONEN IM AUSLAND

Staatssekretär Erkel sagte vor dem deutschen Parlament, die Türkei habe die Auslieferung von 65 türkischen Staatsbürgern, die wegen politischer Vergehen angeklagt seien, von der Bundesrepublik gefordert, man würde jedoch nur 8 ausweisen; 18 weitere stünden unter Beobachtung, da die Nachforschungen noch nicht abgeschlossen sind. (M-4.5.)

Während die Führer der MHP sich in der Türkei vor einem Militärgericht verantworten müssen, genießen ihre Komplizen im Ausland die volle Unterstützung und den Schutz der diplomatischen Gesandtschaften der Türkei. Einem Bericht der „Demokrat Türkiye“ zufolge, hatten die Vorsitzenden der „Grauen Wölfe“ (Türk-Federasyon) für den 8. Mai in Hannover ein Treffen organisiert, für das das türkische Konsulat ihnen das „Türkische Haus“ zur Verfügung gestellt hat. Auf die Proteste zahlreicher fortschrittlicher deutscher und türkischer Gruppen und Verbände hin konnte dieses geplante Treffen dann aber doch nicht stattfinden.

Der 4. Kongreß der „Grauen Wölfe“ kam dann doch Ende Mai in Koblenz zustande. Serdar Celebi, Ali Batman und Enver Altayli, denen die Militäranklage vorwirft, die „Grauen Wölfe“ im Ausland ins Leben gerufen zu haben, sprachen zu den Anwesenden. Serdar Celebi wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Demgegenüber hat der türkische Konsul in Brüssel, Omer Sahinkaya, zwei fortschrittlichen türkischen Journalisten ihre türkischen Pässe entzogen und dies damit begründet, daß sie durch ihre Aktivitäten im Ausland das Ansehen der Türkei verletzen würden. Es handelt sich um die beiden in der INFO-TÜRK-Agentur tätigen Redakteure Dogan Ozgüden und Inci Tugsavul.

SUIZID EINES TÜRKISCHEN ARBEITERS

In Heilbronn hat Muzaffer Sahiner sich das Leben genommen, weil Gerüchte existierten, denen zufolge die türkischen Militärbehörden ihn suchten („Tercüman vom 18. 5.). Dieser Fall des bereits 18 Jahre in Deutschland lebenden Türken zeigt, wie weit die Einschüchterung und Verängstigung der Menschen aufgrund der repressiven Maßnahmen der Militärs gehen kann.

AUS DEM KULTURELLEN LEBEN

TEILNAHMEVERBOT FÜR TÜRKISCHE JOURNALISTEN

Das Militärregime hat zwei Delegierten der türkischen Journalistengewerkschaft TGS die Teilnahme am Kongreß der Internationalen Journalistenvereinigung untersagt, der vom 17. bis 21. Mai in der Schweiz stattfand. Seinen Unwillen darüber hat der Kongreß der IFJ deutlich zum Ausdruck gebracht.

PREIS FÜR GÜNEY, EIN SCHLAG FÜR DIE JUNTA

Die höchste Auszeichnung bei den Filmfestspielen in Cannes 1982, die Goldene Palme, ging zu gleichen Teilen an Costa Gavras für den Film „Missing“ und an Yılmaz Güney für den Film „Yol“. Dieser Erfolg des türkischen Filmmachers bedeutet für die Militärs einen schweren Schlag.

Güney, der bedeutendste türkische Filmproduzent der Gegenwart, zählt zu den Opfern der unmenschlichen Unterdrückung, der die türkische Intelligenz ausgesetzt ist. Deshalb lebte er auch zur Zeit der Auszeichnung im Exil. Als er aus seinem Versteck irgendwo in Europa an die Öffentlichkeit trat, um in Cannes seinen Film vorzuführen, ersuchte die türkische Regierung Frankreich um Auslieferung. Noch bevor die Antwort kam, war er zu einer Konferenz auf der griechischen Insel Hydra.

Als die Preise verkündet wurden, eröffnete die türkische Junta, an Frankreich wie an Griechenland Protestnoten übersandt zu haben wegen ihrer Weigerung, Güney auszuliefern.

Der heute 51jährige Güney wurde als Sohn eines besitzlosen Bauern in einem kleinen kurdischen Dorf geboren, von wo aus er in Adana das Gymnasium besuchte, um dann in Istanbul Ökonomie zu studieren. Nach 2 Jahren wurde er jedoch exmatrikuliert und mußte für 2 Jahre, von 1960 bis 1962, wegen angeblich kommunistischer Propaganda in einer Zeitschrift ins Gefängnis. Danach machte er dieses und jenes, hatte gelegentlich Jobs und landete zufällig im Filmgeschäft, zunächst als Darsteller, in den siebziger Jahren, dann als Drehbuchautor und Direktor. Er erlangte eine ganze Reihe von internationalen Preisen, darunter den Goldenen Leoparden, den Goldenen Apfel und den Preis der Berliner Filmfestspiele aus dem Jahre 1977. 1981 bekam er für „Sürü“ (Die Herde) den Filmkritikerpreis in Brüssel.

In der Zeit von 1971 bis 73 wurde er wegen seiner fortschrittlichen Ideen von den Kriegsrechtsbehörden inhaftiert und dann im Zuge einer Generalamnestie auf freien Fuß gesetzt.

Seine höchste Strafe von 19 Jahren erhielt er für das Erschießen eines Richters in einem Restaurant in Yumurtalik, dem allerdings eine extreme Provokation des Opfers vorausgegangen war, der abfällig über Güney und seine Frau gesprochen hatte. Wie dem auch sei, direkte Beweise gegen Güney hat es nie gegeben; er wurde einfach zur Höchststrafe verurteilt.

Im Gefängnis verfaßte er Artikel und Szenarien und leitete von seiner Zelle aus sogar die Durchführung von Filmen. Wegen dieser Artikel ist er jetzt kürzlich noch von den Militärs zu insgesamt 22 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Als er die Türkei verlassen hatte, wurde er als „Verräter“ bezeichnet, ein Vorwurf, den er gemeinsam hatte mit allen türkischen Intellektuellen, die aufgrund der Repressionen ihr Land verlassen hatten... bekanntestes Beispiel für dieses Drama ist Nazim Hikmet, der nach 13 Jahren Gefängnis für seine Einstellung aus der Türkei floh und 1963 nach 12 Jahren Exil starb.

In einem Interview nach der Preisverleihung sagte Güney: „Ich bin sehr berührt davon, diesen Preis erhalten zu haben. Ich habe es aber nie als eine persönliche Auszeichnung angesehen, sondern der Preis gilt meinem ganzen Volke, besonders denen, die den Film gedreht haben.“

Alle türkischen Film-Fans waren begeistert! Selbst die Presse, die immer unter der Kontrolle der Junta steht, umjubelte ihn. So sagte beispielsweise die Tageszeitung „Cumhuriyet“: „Dieses bedeutet für uns alle großes Glück. Was auch immer sein gegenwärtiger politischer Standpunkt sein mag, dieses sollte seinen künstlerischen Erfolg kein bißchen schmälern.“

VOLKSSCHAUSPIELER IN SCHWEDEN

Halk Oyunculari, die Volksschauspieler, eine 1967 in der Türkei gegründete und bis 1971 aktive Schauspieltruppe (bis zum vorausgegangenen Staatsstreich durch Militärs also), hat im April 1982 im schwedischen Exil ihre Aktivitäten wieder aufgenommen. Die bekannten Schauspieler Tuncel Kurtiz und Ayşe Melis Mesci haben die Gruppe wieder so organisiert, daß sie jetzt in Stockholm das erste Mal wieder auf der Bühne standen mit Güngör Dilmen's Stück „Kurban“, das sich mit der Situation der Frauen in der Türkei befaßt.

BRECHTS ARBEIT KONFISZIERT

In Istanbul hat das Militärgericht beschlossen, den 5. Band der Gesamtausgabe von Brechts Werk „Das Brot der armen Leute“ zu beschlagnahmen. Gegen die beiden bekannten Übersetzer A. Kadir und Asim Bezirci wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Ayşe Nuran Saygılı wurde zu einer Gefängnisstrafe von 7 1/2 Jahren verurteilt, und zwar wegen propagandistischer Tätigkeit für den Kommunismus.

AUS DEM SOZIALEN LEBEN

KONGRESS VON TÜRK-IS: GEHORSAM DER JUNTA GEGENÜBER

Während es die DISK nicht mehr gibt, und ihre 52 Vorstandsmitglieder vor Gericht stehen, konnte die andere türkische Gewerkschaft Türk-İs mit Billigung der Militärs vom 24.–30. Mai in Ankara ihren landesweiten Kongreß durchführen. Wie erwartet, hat es weder in der Politik noch in der Verwaltung des Bundes Veränderungen gegeben. Im Grunde hatte dieser Kongreß die Funktion, der Weltöffentlichkeit zu verdeutlichen, daß in der Türkei gewerkschaftliche Aktivitäten möglich sind.

In der Tat wurde die ganze Arbeit des Kongresses unter der Beobachtung der Militärs durchgeführt, und kaum ein Redner versäumte es, seine besondere Dankbarkeit und Verbundenheit mit den Militärs herauszustellen.

Niemand kritisierte die Inhaftierung der DISK-Vorsitzenden. Einige Delegierte kritisierten die Politik des Lohnneinfrierens, was aber höchstens auf den Vize-Premier Turgut Ozal zielte. Keiner griff die Militärs oder die internationalen Geldinstitute an, die doch derartige drastische Maßnahmen angeordnet haben.

Auffallendstes Ereignis des ganzen Kongresses war die Wiederwahl des Generalsekretärs, Sadık Side, der seit dem Staatsstreich auch Minister für soziale Sicherheit ist, ist er doch der Hauptverantwortliche für die Regierungsentscheidungen gegen die Interessen der Arbeiter. Diese Doppelrolle hat im In- und Ausland Reaktionen hervorgerufen! Die ICFTU (Int. Vereinigung freier Gewerkschaften) hat die Türk-İs solange ausgeschlossen, wie Side seinen Ministerposten innehat.

Demgegenüber erklärte Side auf dem Kongreß, er denke nicht daran, den einen oder den anderen Posten aufzugeben.

Was den Vorsitzenden betrifft, so ist Sevkett Yılmaz der Nachfolger Denizciers geworden, und das, obwohl er vor dem Kongreß erklärt hatte, eine Verwaltungstätigkeit gemeinsam mit Side sei für ihn undenkbar. Am letzten Tag änderte dieses als sehr reaktionär bekannte Vorstandsmitglied dann offensichtlich seine Meinung...

Die erste Amtshandlung des neuen Vorsitzenden im Anschluß an diesen Kongreß bestand darin, General Evren einen Besuch abzustatten und ihm die Treue und Dankbarkeit der Türk-İs zu versichern.

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

SOLIDARITÄT

Verschiedene europäische Staatsmänner haben ein gemeinsames Schreiben an Ecevit verfaßt, in dem sie ihre Solidarität mit ihm zum Ausdruck bringen in seinem „Kampf zur Wiederherstellung einer wirklichen Demokratie in der Türkei“. Zu den Unterzeichnern gehören demnach u.a. Willy Brandt, Olof Palme, Bruno Kreisky und Bernt Carlsson (Generalsekretär der Sozialistischen Internationale).

An den 1. Mai-Feiern und -Demonstrationen in den europäischen Städten nahmen auch viele türkische und kurdische Arbeiter teil.

Das DISK-Kontaktbüro in Belgien hat mit der Herausgabe eines Nachrichtenblattes mit dem Titel „Solidarität / DISK“ am 1. Mai 1982 begonnen. „Dieser 1. Mai 1982 bringt den türkischen Arbeitern nur die Erinnerung an hart erkämpfte und schnell wieder verlorene Rechte – und natürlich an ihren Willen, erneut für ihre Wiedererlangung zu kämpfen. Arbeiter in aller Welt werden an diesem Tage der internationalen Solidarität und Einheit an ihre vom Militärregime unterdrückten Brüder in der Türkei denken.“

Amnesty International hat weltweit eine Solidaritätskampagne zugunsten von 8 inhaftierten Gewerkschaftsführern ins Leben gerufen, zu denen auch Bastürk gehört. Die belgische ai-Sektion hat den 2. Mai zu einem Solidaritätstag gestaltet.

Die Zeitschrift der Demokratischen Juristen Belgiens veröffentlichte in ihrer Mai-Ausgabe einen Artikel „Türkische Advokaten enthaupet“.

Am 8. Mai fanden in Köln und Duisburg zwei große Demonstrationen statt, in denen erstmals seit der Machtübernahme durch die Militärs all die verschiedenen Oppositionsgruppen gemeinsam gegen Todesstrafe und Folterungen protestierten.

Das Organ des Weltbundes der Gewerkschaften „Flashes“ berichtete in seiner Mai-Ausgabe über den DISK-Prozeß.

Am 14. Mai veröffentlichte die Zeitschrift der Vereinigung Christlicher Gewerkschaften Belgiens „Au Travail“ den detaillierten Bericht des DISK-Prozeß-Beobachters Vandroogenbroeck, besonders zum Verhör von Bastürk.

Der ICFTU-Vorstand nahm in seiner Sitzung vom 14. Mai in Brüssel eine neue Türkei-Resolution an, in der die Verletzung der Menschenrechte und der gewerkschaftlichen Rechte verurteilt und gegen die Aufhebung der Gewerkschaftsaktivitäten und gegen die schlechte Behandlung und die Anwendung von Foltermethoden protestiert wird. Es wird gefordert, die DISK-Funktionäre sofort freizulassen.

Der DGB hat auf seinem Kongreß 9 Resolutionen, die sich mit der Türkei befassen, angenommen, worin die Verletzung der Rechte der Gewerkschaften verurteilt werden, und die Bundesregierung ersucht wird, ihre Hilfe an dieses Land einzustellen, bis die Achtung der Menschenrechte gewährleistet ist.

In vielen europäischen Städten hat BIR-KOM, ein aus verschiedenen türkischen und kurdischen Gruppen zusammengesetztes Komitee, am 24. Mai einen Hungerstreik begonnen, um gegen Folter, Hinrichtung und Verfolgung in der Türkei zu protestieren. Von vielen Personen und Gruppen unterstützt, fordern die Streikenden Untersuchungen über den Vorgang, der nach Folterungen in Dyarbakir zum Tode von Inhaftierten führte. Sie fordern weiter, daß eine europäische Kommission in türkische Gefängnisse entsandt wird, und daß in europäischen Institutionen über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei debattiert wird.

TÜRKEI – EUROPA

Der norwegische Außenminister Sven Stray hat am 7. Mai im Parlament verkündet, Norwegen würde gemeinsam mit anderen Staaten daran arbeiten, die Türkei vor die Europäische Menschenrechtskommission zu bringen.

Die Sozialisten im Europäischen Parlament (van Miert, Glinne, Fellermaier, Gredal, Jacquet, Hansch, van den Heuvel, Cariglia, Saby, Moreau, Walters von der Vring und Dury) legten den Entwurf für eine Resolution vor, in der die Außenminister aufgefordert werden, ihren Unwillen über systematische Verfolgungen zum Ausdruck zu bringen und hinsichtlich der Freilassung von Ecevit auf die türkischen Behörden Druck auszuüben.

Am 13. Mai haben die Fraktionen der EPP, der Konservativen und Liberalen sich im Europäischen Parlament einer Debatte über die schlechte Behandlung Ecevits entzogen, womit sie eine Übereinkunft der Fraktionsvorsitzenden gebrochen haben.

England, Frankreich und Italien haben sich an die EG-Kommission gewandt, damit der Import türkischer Textilien gedrosselt werde. Der türkische Hemdenimport nach Frankreich ist daraufhin eingestellt worden; die Gesuche Englands und Italiens werden später behandelt.

Anfang Juni hat der Außenpolitische Ausschuß des Europäischen Parlaments den pro-Militär eingestellten von Hassel-Bericht in vollem Umfang angenommen. Das bedeutet, daß – trotz der Gegenstimmen der im Ausschuß vertretenen Sozialisten und Kommunisten – die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, für die Situation des türkischen Regimes Verständnis aufzubringen und das 4. EG-Türkei-Finanzprotokoll zu ratifizieren. Jegliche Verurteilung der Militärjunta wurde vom Ausschuß abgelehnt.

TÜRKEI – USA

In einer neuen diplomatischen Offensive hat Außenminister Haig bei seinem Besuch in Ankara am 14. Mai der türkischen Regierung jede erdenkliche Unterstützung von Seiten der USA zugesagt. Offensichtlich waren jedoch der Krieg am Golf und der Mittlere Osten die Hauptgesprächsthemen. Am Ende wurde betont, alle Gespräche hätten sich im Rahmen des NATO-Bündnisses bewegt, es seien also keine bilateralen Gespräche geführt worden. Als jedoch einige Tage später bei der NATO-Ministerratsrunde in Luxemburg (vom 17.–18. Mai) im Abschlußkommunique erklärt wurde, daß „einige NATO-Mitglieder eigenmächtig einige Maßnahmen treffen können zur Verteidigung einer bestimmten Region“, bedeutete dies grünes Licht für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA bei der Aufstellung einer Mobilen Einsatztruppe in Anatolien.

Die Vorbereitungen hierfür haben in der Tat bereits begonnen. Viele türkische Militärflugplätze sind modernisiert worden, um dem Niveau der amerikanischen Technologie zu entsprechen.

Dabei steht jedoch die türkische Militärjunta in der Gefahr, die moralische und die finanzielle Unterstützung der Länder des Mittleren Ostens zu verlieren. Vor kurzem sagte General Evren in seiner Eröffnungsrede beim Gouverneurstreffen der Islamischen Entwicklungsbank am 24. Mai in Istanbul: „Die Türkei ist integrierter Bestandteil der islamischen Welt“. Das wird sich jedoch im Falle einer praktizierten Komplizenschaft bei US-Militärmanövern gewiß ändern.

DIE LAGE DER AUSGEWANDERTEN TÜRKEN

Bei der Frankfurter 1. Mai-Demonstration wurden türkische und kurdische Teilnehmer von einigen rassistisch eingestellten Deutschen angegriffen.

Durch Investitionen der im Ausland arbeitenden Türken sind bis auf den heutigen Tag etwa 250 Unternehmen ins Leben gerufen worden, wobei das Gesamtkapital auf etwa 1,7 Milliarden DM geschätzt wird. (C-3.5.)

Nach einer Umfrage sollen etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung gegen den dauernden Verbleib von Ausländern in ihrem Lande sein. (T-4.5.)

Der französische Staatssekretär Autain gab bekannt, daß über 40 000 illegal eingewanderte Ausländer aus dem Lande ausgewiesen würden.

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag die Ausweisung politisch aktiver Ausländer gefordert. (M-6.5.)

Am 6. Mai wurde in Brüssel eine Pressekonferenz veranstaltet zur Frage der Ausländerkriminalität in Belgien. Es wurde auf Ursachen der Kriminalisierung eingegangen und auf Tendenzen bei Politikern, kriminelle Handlungen von Ausländern wiederum auszunutzen für neue repräsentative Maßnahmen. „Die systematische Zurückweisung einer sozialen Unterschicht ist ebenfalls ein kriminalisierender Faktor.“

Im Sozialistischen Gewerkschaftszentrum in Brüssel fand am 8. Mai ein Festival der in Belgien arbeitenden Ausländer statt, an dem sich unter anderem auch die türkischen Sänger Melike Demirag und Lütfü Gültekin beteiligten. Alle Teilnehmer sangen Melikes Lied „Elele“, „Hand in Hand“.

Hunderte von in Libyen arbeitenden Türken sind zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen worden, weil ihre Arbeitgeber ihnen keinen Lohn bezahlt haben. (C-13.5.)

In Hannover hat eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher türkische Gruppen angegriffen. (M-13.5.)

Gegenwärtig überprüfen die deutschen Behörden die Möglichkeit, ein Projekt durchzuführen, 20 000 Einwandererkinder zur Bundeswehr einzuberufen. (M-13.5.)

In einer Berliner Schülerzeitung erschien ein Artikel „Ausländer raus“. (M-14.5.)

Der Chef der Kölner Flughafenpolizei, Winfried Pünder, ist aufgrund eines in der polizeieigenen Zeitschrift erschienenen Artikels wegen der Demütigung von Türken verurteilt worden. (M-16.5.)

Wegen des Ausstellens falscher Dokumente für illegal eingewanderte Türken sind 4 deutsche Beamte verurteilt worden. (DN-21.5.)

In Frankfurt haben „Rocker“ eine Kampagne gegen alle nicht-deutschen Arbeiter gestartet. (H-26.5.)

Vor den im Oktober durchzuführenden Kommunalwahlen hat die CCICF, ein von der belgischen Regierung ins Leben gerufenes beratendes Organ in Ausländerfragen, auf einer am 26. Mai abgehaltenen Pressekonferenz unter anderem einen „Offenen Brief“ an alle Kandidaten vorgestellt, in dem darauf hingewiesen wird, daß ausländische Arbeiter weder Feinde noch Wahl-Kanonenfutter seien. Vielmehr sollten die Politiker in ihrer Arbeit auf die Verwirklichung der Gleichbehandlung von einheimischen und ausländischen Arbeitern dringen.

Nach einem Feuer in St. Josse in Brüssel, bei dem 14 in Belgien lebende Türken ums Leben gekommen waren, brach am 30. Mai im holländischen Harlem ein weiteres

Feuer aus, bei dem 5 Türken starben. Wie schon zuvor, handelt es sich auch hier bei den Opfern um aus der Gegend von Emirdag gebürtige Türken, so daß der belgische Abgeordnete Dejardin beim Europarat eine Eingabe machte, in der er auch die Wohnungspolitik der europäischen Länder kritisierte.

Obleich es einige hunderttausend türkische DGB-Mitglieder gibt, waren sie auf dem 12. Gewerkschaftskongreß in Berlin nicht durch eigene Delegierte vertreten; das gilt auch für die anderen ausländischen Arbeiter.

Unter der Oberaufsicht der türkischen Botschaft in Belgien stehende Gruppen trafen sich am 30. Mai in Brüssel, um einen Verband zu gründen, der den Zielen des Militärregimes dient. Nach der Annahme der Statuten wurde beschlossen, alle anderen konservativen türkischen Gruppen aufzufordern, sich der Föderation anzuschließen, die – in Anwesenheit von türkischen Diplomaten – nach dem Vorbild der marokkanischen Exilorganisationen „amicales“ gebildet wird.

SELBSTMORD TÜRKISCHER MÄDCHEN

Innerhalb von einer Woche haben sich in der Bundesrepublik Deutschland drei türkische Mädchen das Leben genommen.

Am 21. Mai erhängte sich in Hamburg die 12 Jahre alte Zehra. In einem Brief an ihre Eltern sagte sie: „Ich möchte nicht mehr leben. Verzeiht mir!“ Nach Auskunft ihrer Freunde steckte das Mädchen wegen schlechter Schulleistungen in einer psychologischen Krise.

Am 29. Mai beging in Berlin die 16 Jahre alte Sülfü Avlar auf dieselbe Weise Selbstmord, wobei berichtet wurde, daß das Mädchen unter der Fuchtel ihrer sehr konservativ eingestellten Familie gestanden habe.

Am selben Tag verbrannte sich in Hamburg die 25jährige Semra Ertan, deren Schicksal das Drama der 2. Generation im Lande verdeutlicht.

Nach den Informationen ihrer Familie kam Semras Vater 1962 nach Deutschland; Frau und 5 Töchter blieben zu Hause in Mersin, bis sie 6 Jahre später nachfolgten; bis 1972 pendelten die Kinder jedoch ständig zwischen Deutschland und der Türkei hin und her. Dann begann eine Phase normalen Familienlebens.

Semra ging in eine deutsche Schule, hatte jedoch immer Probleme, mitzukommen im Unterricht. Ihre Eltern waren berufstätig, konnten sich nicht besonders um sie kümmern. Im Anschluß an die Schulzeit, ohne ordentlichen Abschluß, fand sie keine Anstellung. Tagtäglich ging sie zum Arbeitsamt, ohne Erfolg. Eigentlich ein fröhlicher Mensch, wurde Semra wegen der ausländerfeindlichen Haltung vieler Menschen immer verzweifelter.

Nach ihrem Tod wurde in der deutschen wie in der türkischen Presse viel über steigende Ausländerfeindlichkeit und ihre Ursachen nachgedacht und über die ungenügende Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse der 2. Generation.

So sagte die Tageszeitung „Milliyet“: „Semra war ein fröhliches junges Mädchen, die jedoch nicht ihren Platz in der Gesellschaft finden konnte. Getrennte Familien... Schulbesuch in einer fremden Umgebung... Arbeitslosigkeit. Da besteht ein unmittelbarer Zusammenhang, wie im Abenteuerfilm. Finanzieren tun's die Deutschen; die türkischen Behörden liefern Szenarium und Darsteller...“

Informationsbrief Ausländerrecht

Ausländerrecht

ist das Sonderrecht der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer im Verhältnis zu deutschen Staatsangehörigen.

Ausländerrecht

ist ein Politikum für Einwanderungsländer wie die Bundesrepublik Deutschland, die sich durch massive Arbeitsimmigration zu Vielvölkerstaaten entwickelt haben.

Ausländerrecht

als juristische Auseinandersetzung um die inhaltliche Präzisierung von Rechtsbegriffen und Ermessensermächtigungen gewinnt dort an Gewicht, wo politische Entscheidungen ausbleiben.

Zu beziehen durch:
EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT
Savignystraße 61-63
Postfach 174 003
6000 FRANKFURT/Main 1